



15.09.2010 16:52 Uhr Von Ralf Schönball

BERICHT DES KINDERSCHUTZBUNDS

Fast jedes zweite Berliner Kind ist arm

Berlin ist Spitzenreiter - bei der Kinderarmut. In manchen sozial schwachen Quartieren kommen sogar acht von zehn Kindern aus armen Familien. Der Kinderschutzbund fordert die Einführung von Einzelfallhelfern in Brennpunkten wie Neukölln.

Sehr oft finden Kinder aus Wedding nicht den Weg zum Pariser Platz. Es ist zu weit, die Fahrt kostet – und wer etwas sehen, essen oder trinken will, muss am Brandenburger Tor ständig den Geldbeutel ziehen. Doch an diesem sonnigen Mittwoch nehmen sie diese Hürden spielend: Strahlende Gesichter sind allenthalben zu sehen beim Hindernislauf des Deutschen Kinderschutzbundes. Dabei soll der Lauf auf die eigentlich traurige Wirklichkeit fast jeden zweiten Kindes in Berlin aufmerksam machen: auf die Armut, die sie an den Rand der Stadt und der Gesellschaft drängt.

„Berlin ist bei der Kinderarmut seit Jahren trauriger Spitzenreiter“, sagt Sabine Walther, Chefin des Berliner Landesverbandes vom Deutschen Kinderschutzbund. Von den 490.000 Kindern unter 18 Jahren lebten zurzeit 40 Prozent in Armut. In sozialen Brennpunkten sei die Quote doppelt so hoch: „In unseren Weddingener Einrichtungen kommen acht von zehn Kindern aus armen Familien.“

Die Tragödie dieser Kinder besteht darin, dass Armut stigmatisiert und ausschließt: von kulturellen, sportlichen oder ganz alltäglichen Aktivitäten. Wenn Kinder für eine Theatergruppe schwarze Kleidung mitbringen sollen oder für einen Ausflug Regenhose und Stiefel, dann bleiben jene der Kita fern, bei denen die passenden Kleidungsstücke nicht im Schrank hängen. „Viele Familien haben dafür kein Geld“, sagt Walther. Für die Eltern aber werden Geldnot und die Not ihrer Kinder zu einer psychischen Belastung, aus der mancher in die Sucht flüchtet. Armut, Anspannung, Alkohol, beengte Wohnung – so entstehen häusliche Gewalt und Vernachlässigung.

„Jedes Kind braucht eine Chance und deshalb finde ich das Krisenszenario des Herrn Sarrazin verwerflich“, sagt der Kinderschutzbund-Präsident Heinz Hilgers. Als Bürgermeister von Dormagen zeigte er, dass man „die Eigenkräfte der Menschen wecken kann“, wie er es ausdrückt. Das „Dormagener Modell“ ist heute Inbegriff für eine erfolgreiche vorbeugende Betreuung oder besser gesagt: einer Begrüßung und Begleitung

von Familien in Brennpunkten. Es funktioniert so: Jedes Kind wird nach der Geburt vom Bezirkssozialdienst besucht, ein „wertschätzender“ Brief des Bürgermeisters wird überreicht und kleine Werbegeschenke mit Hintersinn: eine Babyzahnbürste etwa.

Beim Besuch wird auch frühzeitig der Förderbedarf erkannt – und die Eltern dann mit psychologischer oder medizinischer Hilfe begleitet. Später besuchen Grundschullehrer ihre neuen Schüler zu Hause. „An die Stelle der Begegnung mit einer anonymen Institution tritt eine mit Menschen“, sagt Hilgers. Seit fünf Jahren läuft das Modell mit guten Ergebnissen: Die Hauptschülerquote ist unter ein Prozent gerutscht, bei der Sprachentwicklung verzögerte oder motorisch gestörte Kinder gibt es kaum noch. „Und unter dem Strich ist es eine gewaltige Einsparung von Kosten“, sagt Hilgers. Dormagen gebe im Durchschnitt 47,28 Euro pro Einwohner als „Hilfe zur Erziehung“ aus, ein Viertel weniger als im Durchschnitt des Landes Nordrhein-Westfalen.

„Dieses Modell brauchen wir auch in Berlin“, fordert Sabine Walther. Man könne es ja zunächst in Brennpunkten wie Wedding oder Neukölln erproben. Auch müssten Lehr- und Lernmittel für arme Kinder kostenlos ausgegeben werden. Und die Bedarfsprüfung für Ganztagschulen sei ein bürokratische Hürde, die abgeschafft gehöre.

Mit ihren Forderungen liegt der Kinderschutzbund auf einer Linie mit den Empfehlungen der verstorbenen Jugendrichterin Kirsten Heisig. In ihrem Buch „Das Ende der Geduld“ hatte sie die „präventiven Ansätze“ in Oslo und Rotterdam hervorgehoben. Dort würden in Problemgebieten interdisziplinäre Teams aus Sozial- und Jugendämtern, Ordnungsämtern und Polizei und sogar Stadtwerken und Wohnungsbaugesellschaften bei der Lösung der Probleme, etwa von jungen Müttern, mithelfen. Wo aber Hilfe abgelehnt werde, da griffen Sanktionen.